

Weshalb Gottfried Feder scheitern mußte

Mit unserem Geld stimmt etwas nicht. Das ist eine uralte Erkenntnis der Menschheit. Vor allem der Zins als Bereicherungsmechanismus schien mit sozialer Gerechtigkeit kaum vereinbar und ließ das Nachdenken darüber nie zur Ruhe kommen. Auch in den heiligen Schriften der drei westlichen Weltreligionen finden sich mehr oder weniger scharfe Absagen an das Zinsnehmen. Das kanonische Zinsverbot der katholischen Kirche galt bis ins ausgehende Mittelalter. Luther hat gegen den Zins gewettert. Schon Aristoteles sprach sich gegen den seltsamen Vorgang aus, daß Geld leistungslos immerfort neues Geld gebiert. Hunderte anderer bedeutender Männer und Frauen haben sich ähnlich geäußert.

Auch Gottfried Feder, maßgeblicher Programmatiker des Nationalsozialismus, sah im Zins ein entscheidendes Grundübel. Die "Brechung der Zinsknechtschaft" war für ihn Kernstück und Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Neugestaltung der Verhältnisse. Dennoch, obwohl er seinen Lebensdaten nach (1883-1941) fast zur selben Zeit lebte wie Silvio Gesells (1862-1930), legte er sich auf ganz andere Lösungsmöglichkeiten fest. In dem Werk, das dieser Besprechung zugrundeliegt und aus dem nachfolgend zitiert wird, - "Kampf gegen die Hochfinanz" (1934, 384 Seiten; eine Sammlung von Reden und Abhandlungen, darunter auch das vielgenannte "Manifest") - verweist er erstaunlicherweise nicht ein einziges Mal auf Gesell und dessen geldreformerischen Gedanken. Ich meine, die Beschäftigung damit wäre hilfreich gewesen. Zwar findet sich in Feders Darlegungen durchaus Richtiges, aber leider - nach meiner Auffassung - auch sehr viel Falsches, und zwar an den entscheidenden Stellen.

Richtige Einsichten und Forderungen bei Gottfried Feder

1. Bedeutung der Zinsfrage

"Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft erblickt in der Lösung der Zinsfrage nicht nur die Voraussetzung für die Behebung unseres deutschen Finanzelends, sondern die Befreiung aller Völker des westlichen Kulturkreises aus ihrer ungeheuren Verschuldung.

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist das Mittel, um den Riesenkampf, der in der ganzen Welt zwischen Arbeit und Kapital tobt, zugunsten der Freiheit der Arbeit zu entscheiden, ohne daß dadurch Eigentum, Vermögensbildung durch eigenen Fleiß, durch eigene Tatkraft und überragende geistige Leistungen beseitigt oder auch nur untergraben werden müßte.

Nur durch die Brechung der Zinsknechtschaft kann eine Versöhnung des heute in Klassen zerrissenen Volkes erreicht werden, dadurch, daß ein arbeitsloses Einkommen aus reinem Geldbesitz unmöglich gemacht wird.

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist die wichtigste sittliche Forderung in sozialer Hinsicht, sie erhebt sich in ihrer allgemeinen Bedeutung weit über alle Tagesfragen, sie ist die Lösung der sozialen Frage, sie ist der einzige Ausweg aus der furchtbaren Wirrnis der Zeit.

Die Brechung der Zinswirtschaft führt uns aus der hochkapitalistischen Wirtschaftsform unter Vermeidung der kommunistischen Form der Entseelung und Mechanisierung der Arbeit zu der vom Druck der Übermacht des Geldes befreiten wahrhaft sozialen Wirtschaftsform, zum Staate der Arbeit und Leistung." (Siehe oben, S. 112, doch immer ohne die vielen Sperrungen)

2. Lösung der Zinsfrage lediglich Voraussetzung

"Die Brechung der Zinsknechtschaft ist aber nicht das letzte Ziel der neuen Staatskunst, sie ist zwar die einschneidendste Tat, die einzige Tat, die alle Völker zu einigen vermag zu einem wahrhaften Völkerbund gegen die alle Völker umspannende Gewaltherrschaft des Mammonismus. Aber sie ist nicht das Letzte. Dagegen muß die Brechung der Zinsherrschaft allen weiteren Schritten vorausgehen, weil sie, wie wir gesehen haben, das Weltübel an der Wurzel faßt, und zwar an der Hauptwurzel.

Erst wenn die grundlegende Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft erfüllt ist, wird überhaupt erst der Weg frei zum sozialen Staat." (S. 76)

3. Kein Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer

"... radikale Abkehr von dem sinnlosen, weil ganz falschen Wüten gegen die Industrie, gegen die Arbeitgeberschaft; Arbeiter und Arbeitgeber gehören zusammen, sie haben das gleiche Ziel, die Arbeit, die Produktion, denn ohne Produktion, ohne Arbeit kein Leben, keine Kultur, kein Vorwärts und kein Aufwärts." (S.o., S.71)

4. Hauptzweck des Wirtschaftens heute leider die Rentabilität

"Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung.

Es mag im ersten Augenblick geradezu paradox erscheinen, daß diese Selbstverständlichkeit eigens als die Aufgabe der Volkswirtschaft bezeichnet wird. Dem natürlich empfindenden Menschen kommt gar nicht der Gedanke, daß die gesamte Volkswirtschaft heute in eine ganz andere Grundrichtung eingestellt sein könnte, nämlich - auf Rentabilität. Und noch ist gerade dieser Grundzug unserer gesamten Wirtschaft das Bezeichnende für die heutige Wirtschaftsführung.

Nicht zwingende volkswirtschaftliche Notwendigkeiten bestimmen in erster Linie die Produktion - sondern die Rentabilität. Es ist die natürliche Folge davon, daß heute nicht mehr das Wohl der Gesamtheit, sondern das Interesse des Großleihkapitals entscheidet. Was heute auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten noch angepackt wird, geschieht nicht unter dem Gesichtswinkel dringenden Bedarfes, sondern vornehmlich unter dem Gesichtswinkel, ob die in ein solches Unternehmen hineingesteckten Gelder sich auch tüchtig verzinsen. Das Großleihkapital macht seine Entschließungen nur von der zu erwartenden Rentabilität abhängig." (S. 367 f.)

5. Die kleinen Zinsnehmer sind auf der Verliererseite

"Die klare Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse wird dadurch verschleiert, daß neben den wenigen Groß-Leihkapitalbesitzern, die prozentual die weitaus größte Masse der Zinspapiere in ihrem Besitze halten, viele Millionen mittlerer und kleiner Kapitalisten ... ihre Ersparnisse ebenfalls in zinstragenden Wertpapieren angelegt haben. Diese Leute haben kleine Zinsbeträge aus ihren Wertpapieren zu erwarten; vor dieser angenehmen Tatsache nun vergessen sie, daß sie diese Zinsen - weil eben der Staat nur geben kann, was er seinen Bürgern wieder in irgendeiner Form abnehmen muß - selbst bezahlen müssen durch direkte oder - damit man es noch weniger merken soll - durch indirekte Steuern. Aber nicht nur die eigenen Zinsen müssen von den Zinsempfängern selbst bezahlt werden, auch ein gut Teil der an die Groß-Leihkapitalbesitzer abzuführenden Zinsen muß von den kleinen Zinsnehmern mitbezahlt werden." (S.131)

6. Wachstumszwang durch zinsbedingte Geldvermögensmehrung

"Ich wiederhole das Beispiel des Pfennigs, der seit Christi Geburt auf Zins und Zinseszins angelegt sein soll ... Heute wäre dieser Pfennig ... auf einen Wert gewachsen, zu dessen Darstellung unser ganzer Erdball aus reinem Gold nicht annähernd genüge ...

Man sieht daraus die phantastische Utopie der Zinswirtschaft an sich. Theoretisch läßt sich diese Kurve leicht zeichnen und errechnen, praktisch ist aber der Zins immer gebunden an die Arbeit, niemals also kann der Zinsertrag über die Arbeitsleistung hinaussteigen ...

Jetzt drängte das Leihkapital der Wirtschaft seine Kapitalien geradezu auf, immer neue Investitionen wurden finanziert, die Anonymisierung der Wirtschaft machte immer weitere Fortschritte, persönliche Initiative und Unternehmertüchtigkeit wurden immer mehr ausgeschaltet ... Die Unternehmungen wurden Dividendenfabriken an Stelle von Bedarfsdeckungsstätten ... Wir stehen

vor der Tatsache, daß die Weltfinanz von einer gewaltigen Krise erfaßt ist, von der Krise des kapitalistischen Zeitalters, einer Krisis, die mit unerbittlicher Folgerichtigkeit auch die Industrien, die die Finanz tragen sollen, in den Abgrund reißen wird." (S. 342 f.)

7. Golddeckung der Währung unnötig und schädlich

"Die Verankerung im Golde für die Währungseinheit stellt sich heute als ein unerhörtes Hemmnis heraus für die unerlässlich notwendige Kreditausweitung zur Arbeitsbeschaffung. Die Verankerung im Golde als Wertmaßstab ist aber auch, wie uns gerade die letzten Monate lehrten, ein Selbstbetrug der dem Goldwahnsinn huldigenden Nationalwirtschaft." (S. 344)

II. Feders praktischen Vorschläge zur "Brechung der Zinsknechtschaft"

Es reicht nicht aus, großartige Ziele zu haben; entscheidend ist immer, welche Wege zur Erreichung solcher Ziele man einschlagen möchte.

Und hier, so meine ich, ist Feder völlig fehlgegangen.

Kurz gesagt, hatte er folgendes vor:

a) Die Reichsbank wird verstaatlicht, und die Regierung beschließt, daß der Zinsendienst für alle öffentlichen Schulden eingestellt wird.

b) Die Finanzierung aller wesentlichen öffentlichen Aufgaben erfolgt von jetzt an mittels Kassengutscheinen, die von der Staatsbank zinslos zur Verfügung gestellt werden.

Mit diesen zwei Schritten, meinte Feder, sei in Deutschland die Zinsknechtschaft endgültig gebrochen.

Doch das wäre mit Sicherheit nicht der Fall gewesen!

Im IV. Kapitel werden Feders Gedankengänge dann im einzelnen vorgestellt und kritisch beleuchtet. Um das besser leisten zu können, sollen im nächsten Kapitel zunächst einmal die währungspolitischen Gedanken der Freiwirtschaftstheoretiker vorgestellt werden.

III. Gegenwärtiger Stand der freiwirtschaftlichen Erkenntnisse zu einer besseren Währungsordnung

Der Grundfehler des Geldes, und das seit jeher, ist seine Hortbarkeit, d.h. die Möglichkeit, Bargeld (und Buchgeld) - sofern keine inflationäre Entwertung stattfindet - ohne Verluste aus dem Geldkreislauf zurückzuhalten. Die heutigen Umlaufantriebe des Geldes sind Zins und Inflation. Die Inflation dient als Peitsche, der Zins als Zuckerbrot. Beide aber haben zerstörerische Wirkungen.

Der Zins ist die Belohnung dafür, daß man im Falle der Geldhergabe auf die Vorteile der Liquidität verzichtet; er ist eine "Liquiditätsprämie" (J.M.Keynes). Liquide zu sein, ist deshalb vorteilhaft, weil Bargeld sich durch die "Yoker"-Eigenschaft auszeichnet (so beschrieb es Dieter Suhr), jederzeit für Zahlungen verwendbar zu sein. So ist man gegen Risiken besser gewappnet und kann günstige Kaufgelegenheiten sofort wahrnehmen.

Wer die "Zinsknechtschaft brechen" will, kann nur dann Erfolg haben, wenn er an die Grundursache herangeht. Das aber ist die Geldhortbarkeit.

Geld muß also unter Umlaufzwang gesetzt werden, wie das beim Tauschpartner, der verderblichen, veraltenden, Lagerkosten verursachenden Ware seit jeher der Fall ist. Dies geschieht am besten so, daß man dem Bar- (und auf angemessene Weise auch dem Buchgeld) eine Umlaufsicherungsgebühr, eine Hortungsabgabe auferlegt. Diese würde dem Zinsbestandteil Liquiditätsprämie entgegenwirken und ihn sehr rasch zum Verschwinden bringen.

Die Notenbank sollte nicht der Regierungsgewalt ausgeliefert sein, sondern - so wie heute schon die Bundesbank - den Rang einer Einrichtung des öffentlichen Rechts innehaben und unabhängig sein. Allerdings müßte sie gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Währung dauerhaft stabil zu halten.

Diese Forderung wäre zukünftig - im Unterschied zu heute - durchaus erfüllbar, weil nach Einführung der Hortungsabgabe die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, neben der Geldmenge der zweite Faktor der monetären Nachfrage, zu einer weitgehend festen Größe wird. So kann die Zentralbank - wenn außerdem die Wechselkurse freigegeben sind und damit auch die Geldmenge ihrer Kontrolle unterliegt - die Währung tatsächlich steuern.

Der heutige Zins ist eine vielfach zusammengesetzte Größe: Er besteht aus Liquiditätsprämie (Monopol-, Grund-, Sockel-, Urzins), Zins als Geldknappheitspreis, Inflationsentschädigung, Bankmarge (Geldvermittlungskosten, Risikoprämie u.a.m.)

Ist die Geldumlaufsicherung eingeführt und Währungsfestigkeit erreicht, so entfallen Liquiditätsprämie und Inflationsentschädigung.

Die Geldvermittlungsgebühren (Bankmarge) bleiben als Lohn für eine echte Arbeitsleistung und als Bestandteil des Kreditzinses selbstverständlich und berechtigterweise bestehen.

Bestehen bleiben muß auch der Zins als Knappheitspreis. Das Geldkapital ist eine Ware und darf bei geringer werdendem Angebot selbstverständlich einen Preis erzielen.

Auch im Geldbereich muß das marktwirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage seine Gültigkeit behalten! Vor allem das Steuerinstrument Zins, nicht irgendwelche Behörden oder gar Parteifunktionäre, soll über die Zuteilung von Leihgeld entscheiden.

Nach Verwirklichung der freiwirtschaftlichen Verbesserungsvorschläge zur Währungsordnung und nach Eintritt einer wirtschaftlichen Gleichgewichtslage wird der Guthabenzins mit wohl mäßigem Ausschlag um die Nulllinie pendeln.

Ein Nullzins ist nicht nur durch eine Vermehrung des Sparkapitals erreichbar, sondern auch durch eine Beschränkung der Nachfrage, wenn der Staat z.B. durch eine strengere ökologische Gesetzgebung die Investitionsmöglichkeiten der Großindustrie verringert oder am Kapitalmarkt nicht mehr selber als Großeinkäufer auftritt.

Aus meiner Sicht muß zu einer gelingenden Währungsumstellung auch ein Verbot der Fristentransformation dazukommen. Es handelt sich bei der letzteren um eine uralte, aber auch heute noch übliche Vorgehensweise der Banken. Sie besteht darin, kurz- und mittelfristige Einlagen, ja selbst täglich fällige Giroguthaben, langfristig zu verleihen. (Inhaber von Giroguthaben können dennoch ihre Einlagen zu Zahlungszwecken benutzen; was deshalb möglich ist, weil sie dies meistens mittels Überweisungen - also ohne vorherige Bargeldabhebung - tun.)

Beim heutigen hortbaren Geld ist Fristentransformation freilich eine Notwendigkeit. Sonst entstünde ein beträchtlicher Mangel an langfristigem Leihgeld.

Zu dieser Notlage käme es jedoch nicht, wenn Fristenkongruenz (Übereinstimmung von Einlagen- und Leihfristen) in Verbindung mit der Hortungsabgabe eingeführt würde. Dann wären die Geldanleger gezwungen - weil sie sonst noch teilweise die Hortungsgebühren für die bei den Banken liegengelassenen Gelder bezahlen müßten - ihre Ersparnisse den Banken mittel- oder sogar langfristig zu überlassen.

Fristenkongruenz ist aus einem weiteren Grund von ausschlaggebender Wichtigkeit: Sie würde Bar- und Buchgeld (Giralgeld) identisch machen; Buchgeld liefe dann nur noch ersatzweise für Bargeld um; die Geldmenge würde zu einer eindeutig faßbaren Größe; und auch alles Buchgeld würde voll von der Umlaufsicherungsgebühr erfaßt.

Damit wäre auch der oft so unberechenbaren Kreditgeldschöpfung der Geschäftsbanken ein Ende gesetzt.

Ist man dann noch so einsichtig, die Wechselkurse frei schwanken zu lassen - ein Grundgebot der wahrhaft freien Marktwirtschaft! -, so sind alle Voraussetzungen vorhanden, daß eine Zentralbank die Währung sicher steuern kann. Ein wichtiges freiwirtschaftliche Ziel wäre damit erreicht.

Ferner: Versäumte man es, gleichzeitig mit der Hortungsabgabe auf Bargeld die Fristenkongruenz einzuführen, so würde auch die Zinsüberwindung, ein weiteres Hauptziel der freiwirtschaftlichen Geldreform, nicht gelingen. Dann bliebe es beim heutigen Zustand, daß die Einzahlungen auf alle Konten, angefangen beim Girokonto bis hin zu langfristigen Einlagen, nur zu einem kleinen Bruchteil, vielleicht zu weniger als einem Sechstel, aus Bargeld (bzw. Zentralbankguthaben) bestehen, der große Rest aber aus Buchgeld. Damit aber würde sich die Umlaufsicherungswirkung der Hortungsabgabe auf weniger als ein Sechstel verdünnen, reichte also bei weitem nicht aus, die Liquiditätsprämie, d.h. den monopolistischen Sockelzins als entscheidende Störursache, zum Verschwinden zu bringen.

IV. Genauere Untersuchung von Gottfried Feders währungspolitischen Absichten

Gesells währungspolitischen Erkenntnisse, wie sie aus heutiger Sicht im vorangegangenen Kapitel skizziert sind, stießen bei Feder entweder auf Unverständnis, oder er kannte sie gar nicht.

Dementsprechend fehlerhaft fielen seine Vorschläge zur "Brechung der Zinsknechtschaft" aus. Auch

deshalb riefen sie schon zu seinen Lebzeiten viel Widerspruch hervor. (Ein Beispiel ist die ausgezeichnete Widerlegungsschrift von Peter Hansen - "Brechung der Zinsknechtschaft!" - , 1931 in Halle a. d. Saale verlegt, 30 Seiten; freilich ist sie nur aus herkömmlicher kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Sicht verfaßt.)

1. Abschaffung des Zinses

Feder übersah das Grundübel der Geldhortbarkeit und wollte den Zins auf die Weise überwinden, daß er den Staat aufforderte, ihn einfach abzuschaffen. Feder wörtlich:

"Unsere erste Forderung lautet daher: Einstellung des Zinsendienstes bei allen festverzinslichen Schuldverschreibungen des Reiches, der Bundesstaaten und aller Selbstverwaltungskörper, insbesondere der Krieganleihen, der Reichsschatzwechsel usw. Die sämtlichen Schuldtitel werden den Eigentümern als zinslose Bankguthaben weitergeführt.

Die zweite Grundforderung lautet: Der Staat bestreitet die Kosten von Neuschöpfungen (Ausbau der Wasserkraft, Kanalbauten usw.), soweit die Mittel nicht unmittelbar aus Steuerleistungen geschöpft werden können, durch die Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine. Diese Geldscheine werden aus den Erträgen der Neuanlagen wieder eingelöst." (S. 129)

Das soll vorläufig so stehenbleiben.

Wie kam Feder zu solchen Forderungen?

2. "Raffendes" und "schaffendes" Kapital

Feder hatte ausgerechnet, daß die öffentliche Hand insgesamt mit rund 200 Milliarden Mark an das "Großleihkapital" verschuldet war, während das Aktienkapital der Wirtschaft nur etwa 10 Milliarden ausmachte. Daraus schloß er, daß es in erster Linie darum gehe, die Zinszahlungen des Staates aufzuheben, während das in den Unternehmen auf Risiko angelegte Geld unbehelligt bleiben sollte:

"Weit über 200 Milliarden derartiger Schuldverschreibungen muß das deutsche Volk verzinsen. Dafür muß die gesamte werktätige Bevölkerung Deutschlands von nun an fronen in alle Ewigkeit um des ewigen Zinses willen! ... 20 : 1 ist also ungefähr das Verhältnis des festverzinslichen Leihkapitals zum Industriekapital." (S. 16 f.)

Und:

"Der ungeheure Grundirrtum in der sozialistischen Gedankenwelt ist letzten Endes auf die Verkennung des tiefen Wesensunterschiedes zwischen dem Industriekapital und dem Leihkapital zurückzuführen. Das zinsfressende Leihkapital ist die Geißel der Menschheit, das ewige mühe- und endlose Wachstum des Groß-Leihkapitals führt zur Ausbeutung der Völker, nicht das schaffende, gütererzeugende industrielle Betriebskapital." (S. 73)

Aber ist der Unterschied zwischen Leih- und Industriekapital wirklich so groß? Feder übersieht hier oder will nicht sehen, daß der Aktionär nicht nur einen Gefahrenzuschlag einplant, sondern selbstverständlich auch eine leistungslose Vermehrung seines Geldeinsatzes und zudem eine höhere als beim bloßen Banksparen. Vor allem aber möchte er Börsengewinne einfahren!

Ferner: Die Wirtschaft, jedenfalls heute, finanziert sich nicht nur durch Aktiengeld, sondern weit mehr durch Bankkredite und durch Schuldverschreibungen - genauso wie der Staat!

Zum Beispiel waren 1990 in den alten Bundesländern bei einer Gesamtverschuldung von 4344 Mrd. DM die Privathaushalte mit 6 %, der Staat mit 24 %, aber die Produktionsunternehmen einschließlich Wohnungswirtschaft mit 69 % beteiligt. Das Aktienkapital jedoch betrug nur 281 Mrd. DM, 6 % der gesamten Geldvermögen (4825 Mrd.), bewegte sich also immer noch in etwa derselben Größenordnung von 1 : 20 wie zu Feders Zeiten. (Zahlen nach H.Creutz: Das Geldsysndrom, Langen Müller/Herbig 1993, S. 171, 205)

Wenn man also nach dem Federschen Rezept heute nur beim Staat die "Zinswirtschaft brechen" wollte, bliebe im privaten und vor allem im unternehmerischen Bereich, also im weitaus größeren, die Zinsausbeutung voll bestehen!

3. Beibehaltung des verzinslichen "Personalkredits"

Feder:

"Anders steht es mit dem Personalkredit. An und für sich stellen wir auch für den Personalkredit die Forderung der Zinslosigkeit auf, doch kommt dieser Forderung nicht mehr die ungeheure und prinzipielle Bedeutung zu. Wir erinnern uns an die 250 Milliarden festverzinslichen Leihkapitals gegenüber nur 12 Milliarden Dividendenpapieren." (S. 57)

Und:

"Aus diesem Grunde wird es nicht notwendig sein, ein allgemeines Zinsverbot auch für Private zu erlassen, wie wir es aus der mittelalterlichen Geschichte kennen. Solche allgemeinen Zinsverbote waren zu starke Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, als daß sie nicht immer wieder durchbrochen und umgangen worden wären. Es soll jedem unbenommen bleiben, den, der ihm durch ein Darlehen die Aufmachung eines Geschäftes, die Gründung einer Fabrik usw. ermöglicht hat, an seinem Gewinne teilnehmen zu lassen. Das betrifft private Abmachungen." (S. 146)

Es wird nicht ganz klar, ob mit dem "Personalkredit" auch Bankkredite an private Unternehmen gemeint sind. Trifft dies zu, so hieße dies, daß, wie oben ausgeführt, der größere Teil der Wirtschaft weiterhin der "Zinsknechtschaft" unterläge. Denn ansonsten betont Feder immer wieder, daß nur für "große öffentliche Aufgaben" zinslose "Staatskassengutscheine" bereitstünden.

4. Verstaatlichung des Bankwesens

Feder hebt immer wieder hervor, daß zur Durchführung seiner Pläne sowohl die Reichsbank als auch die Großbanken verstaatlicht werden müßten. Letztlich sollten aber auch die übrigen Banken vom Staat streng an die Kandare genommen werden.

"Vor jeder Inangriffnahme einer wirksamen Aktivierung der Produktion sind zunächst die Reichsbanken und die Großbanken restlos zu verstaatlichen ..." (S. 323)

Und:

"Diese Paragraphen fordern die Sozialisierung des gesamten Geldwesens." (S. 57, s. auch S. 318 f.)

Und:

"Das gesamte Geldwesen untersteht der Zentralstaatskasse. Alle Privatbanken, desgleichen die Postscheckkassen, Sparkassen und Kreditgenossenschaften werden als Filialbetrieb angegliedert." (S.54, siehe auch S. 373)

Und:

"Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft ... fordert die Verstaatlichung der Banken, die ihre eigentliche soziale Aufgabe, Geldverkehr zu vermitteln, nicht mehr erfüllen, sondern das Wirtschaftsleben gewalttätig beherrschen und von aller Arbeit in Form hoher Zinsen rücksichtslos Tribut erpressen." (S. 110)

Dazu wäre zu sagen: Die Zentralbank darf nicht zur Hausbank des Staates bzw. der Regierung herabsinken, sondern hat eine von der Exekutive unabhängige Einrichtung des öffentlichen Rechts zu sein, allerdings mit dem gesetzlichen Auftrag, über der Festwährung zu wachen. (Näheres hierzu wurde unter Kapitel II bereits ausgeführt.)

Und Geschäftsbanken sollten in einer freien Marktwirtschaft Unternehmen wie andere auch sein, lediglich mit dem Unterschied, daß sie sich der Aufgabe der Spargeldvermittlung angenommen haben. Je besser es um den Wettbewerb zwischen ihnen bestellt ist, desto günstiger für den Kunden entwickeln sich Einlagen- wie Kreditzinsen, d.h. desto niedriger ist die Bankmarge.

Großbanken - gar auch alle übrigen Banken - zu verstaatlichen, ist der marxistisch-staatskapitalistische Weg.

Das Vorhandensein von Großbanken - wie das von Großkonzernen - ist Ausdruck einer kapitalistischen Verfälschung der Wirtschaft, die vor allem durch die vermögensumschichtende Wirkung des Zinses vorangetrieben wird. Löst man das Zinsproblem auf richtige Art - durch Ausmerzung der Geldhortbarkeit - , so ist die Hauptursache der Entstehung von solch großkapitalistischen Gebilden beseitigt.

5. Geldschöpfungsrecht des Staates?

In engem Zusammenhang mit Feders Forderung nach Verstaatlichung der Reichsbank steht seine Auffassung von der Aufgabe der Zentralbank bzw. des Staates, aus eigener Machtvollkommenheit Geld zu schöpfen.

"Der nationalsozialistische Staat wird die volle 'Münzhoheit' beanspruchen, das heißt, das ausschließliche Geldschöpfungsrecht besitzen." (S. 324)

Und:

"Wenn es nicht möglich ist, nach dem alten friderizianischen Rezept große öffentliche Aufgaben durch Steuermittel zu finanzieren, also durch Gemeinschaftsleistung an den Staat, dann ist eine Möglichkeit gegeben, die großen Aufgaben trotzdem durchzuführen, wenn wir uns der souveränen Finanzhoheit des Staates erinnern. Indem wir - nach meinem Vorschlag - die öffentlichen Ausgaben finanzieren durch die Ausgabe von Staatskassengutscheinen. Wir schöpfen also Geld aus eigenem Recht. Diese Geldschöpfung aus eigenem Recht ist zweifellos zulässig und wird nicht zu inflationistischen Erscheinungen führen, weil wir neue Werte schaffen." (S. 288)

Diese Aussage ist insofern zutreffend, als einer Zentralbank, sei sie nun unabhängig oder nicht, natürlich das Recht zusteht, Geld zu drucken. Sie hat darüberhinaus dazu sogar die alleinige Befugnis. Doch ist es kein unbeschränktes Recht. Sie kann und darf dies nicht willkürlich und uferlos tun. Die Grenze liegt dort, wo das neugeschöpfte Geld nicht mehr seinen Gegenwert in neugeschaffenen Leistungen der Volkswirtschaft findet.

Eine solche Grenzüberschreitung wäre der Schritt hinein in den Gefahrenbereich der Inflation.

Die entscheidende Frage aber ist, ob Feder mit seinen Vorschlägen diese Grenze beachtet.

6. Kreditgeldschöpfung durch Banken

Noch auf andere Weise rechtfertigt Feder das Geldschöpfungsrecht einer Staatsbank:

"Man vergegenwärtige sich einmal: die Reichsbank beschränkte ihre Tätigkeit im wesentlichen auf die Emission von Papiergeld, während sie die Schöpfung von Giralgeld den Großbanken völlig frei überließ! Das bedeutete, daß der Staat sich im wesentlichen darauf beschränkte, die Zahlungsmittel der Verbrauchswirtschaft (Konsumentengeld nach Ad. Wagner) zur Verfügung zu stellen ... Dagegen wird das Großbankgiralgeld in normalen Zeiten durchgängig auf etwa das Fünffache des gesamten staatlichen Geldes geschätzt. Bei 6,5 Milliarden staatlichen Geldes haben wir demnach etwa 33 Milliarden Großbankgiralgeld. Der liberalistische Staat hatte somit die Schöpfung des Geldes der Erwerbswirtschaft (Produzentengeld) den privaten Großbanken überlassen." (S. 324)

Die passende Antwort wäre, daß eine derart fragwürdige Praxis der Geschäftsbanken - das Gebot der Fristenkongruenz würde sie beseitigen (s. dazu die Ausführungen in Kapitel III) - nicht ein ähnliches Vorgehen der Federschen Staatsbank rechtfertigt.

7. Einstellung des Zinsendienstes für öffentliche Schuldtitel

Feder wertet die Erfüllung dieser Forderung bereits als einen entscheidenden Schlag gegen die "Zinsknechtschaft":

"Ist's Dir jetzt klar geworden, warum der Staatsbankrott in der von mir vorgeschlagenen Form der Aufhebung der Zinszahlung nicht nur kein Bankrott, sondern eine jubelnde Befreiung, eine Erlösung aus den Krallen des Mammonismus ist?

Brechen wir die Zinsknechtschaft des Geldes, und wir alle, das ganze werktätige Volk wird frei." (S. 86 f.)

Das Ganze ist eher eine zeitweilige Abschüttelung einer Last, unter einseitigem und enteignendem Bruch von Verträgen. Allein die Not könnte derartiges entschuldigen.

Zudem verlöre der Staat dadurch die Kreditwürdigkeit.

Aber auch hierauf weiß Feder eine Antwort: In dem unheilvollen Wort "Kredit" liege die Tragik unserer gesamten modernen Staatsfinanzwirtschaft beschlossen; die Behauptung, daß sich der Staat nur gegen Zinszahlungen das Geld für soziale Unternehmungen beschaffen könne, sei der Grundirrtum des mammonistischen Zeitalters. Stattdessen könne er aus eigenem Recht Geld schaffen und dies dann zinslos vergeben. (S. 90)

Diese Forderung bildet den zweiten Teil seines Programms zur Brechung der Zinsknechtschaft. Dazu wird im folgenden Abschnitt Stellung genommen.

8. Zinslose Staatskassengutscheine

Wenn der Zins letztlich der Geldhortbarkeit entspringt und eine Art Liquiditätsprämie darstellt, so geht es zuallererst darum, diesen Monopolpreis durch eine Geldhortungsabgabe zu neutralisieren. Damit wäre aus dem Zins ein marktwirtschaftswidriger Bestandteil entfernt. Daraus ergäbe sich eine sofortige Zinsabsenkung um zwei bis drei Prozent. Bei nun möglicher Geldwertstabilisierung verschwände auch noch die Inflationsentschädigung aus dem Nominalzins. Eine Verminderung des Knappheitszinses käme zustande, wenn sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt veränderte, indem z.B. die Spargeldsumme anwüchse oder die Nachfrage danach abnähme, z. B. durch staatliche Verhinderung umweltzerstörerischer Großprojekte.

Feder aber kannte diese Zusammenhänge offensichtlich nicht. Er verordnet einfach Zinsfreiheit. Weil das bei einem freien Kapitalmarkt nicht möglich wäre, will er das gesamte Geld- und Kreditwesen verstaatlichen, damit der Staat selbstherrlich zinslose Kredite vergeben kann.

Der Kapitalmarkt aber ist der Kernbereich einer Volkswirtschaft. Wird er gegängelt, trifft das die gesamte Unternehmerschaft. Ist er verstaatlicht, gleitet eine Volkswirtschaft schließlich in den Staatskapitalismus ab - wie im Kommunismus einst geschehen.

Feder stellte sich das so vor: Alle großen öffentlichen Aufgaben - Bau von Kraftwerken, Kanälen, Verkehrswegen usw. - sollten durch die Ausgabe unverzinslicher Staatskassengutscheine (die wie Geld umlaufen würden) bestritten werden. Genauso müsse man den Wohnungsbau vorantreiben. Zu dem Zweck schlug er die Errichtung "sozialer Bau- und Wirtschaftsbanken" vor.

Zur Deckung des zusätzlichen Geldes würden also "neue Werte" geschaffen.

Noch genauer: Wenn solche Vorhaben abgeschlossen seien, flössen aus den Erträgen bzw. aus den Rückzahlungen die vorweg ausgegebenen Gelder wieder an die Staatskassen zurück, wo sie der Vernichtung anheimfallen sollten (- geschähe das wirklich?). Einem inflationären Geldüberhang sei also vorgebeugt.

9. Vorwurf der Inflationsmacherei unberechtigt?

Feder schreibt selbst, daß hier der Protest seiner Widersacher besonders laut war: "Aber der Mammonist ist nicht verlegen und schleudert mir das furchtbare Wort 'Inflation' entgegen." (S. 91)

Sein marxistischer Widersacher Prof. Nölting rechnete ihm in einem Rundfunkgespräch vor: "Ich denke da an das alte Kindermärchen vom Es'lein-streck-Dich. Sie sagen, der Staat hat kraft seiner Münzhoheit das Recht, so viel Geld zu schaffen, wie er will. Ich darf Ihnen hier ein Beispiel sagen. Wenn Sie ein Haus bauen, das 100 000 Mark kostet, und dieses Haus bringt Ihnen einen Mietertrag von 8 000 Mark im Jahre, dann fließen Ihnen doch in den ersten Jahren nur diese 8 000 Mark als Gegenwerte zurück, von allem anderen abgesehen. Die 92 000 Mark Bauscheine, die Sie aber außerdem ausgegeben haben, die bleiben ungedeckt und wirken inflationsitisch." (S. 289 f.)

Feder verteidigte sich damals, wie auch sonst, mit dem Hinweis auf die Rieseninflation in den Jahren davor, als irrsinnige Mengen Papiergelds gedruckt worden waren, die im Warenbereich ohne jede Deckung blieben.

Gewichtigere Argumente konnte er dem Vorwurf der Inflationsbegünstigung nicht entgegensetzen.

Er glaubte ohnehin nicht, daß es jemals gelänge - nur "Fanatiker" (S. 345) dächten an so etwas - , die Währung völlig stabil zu halten: "Das Höchste, was durch staatliche Manipulation der Währung erreicht werden kann, ist eine verhältnismäßig gleichbleibende durchschnittliche Höhe der Lebenshaltungskosten." (S.348)

Sein Zweifel an der Erzielung einer dauerhaften Festwährung hing wohl auch damit zusammen, daß für ihn die Geldmenge ein viel zu wenig faßbarer Begriff war. Er glaubte ohnehin nicht an die die Richtigkeit der "strengen Quantitätsgleichung" ($G \times U = H \times P$; d.h. Geldmenge \times

Umlaufgeschwindigkeit = Handelsvolumen x Preisniveau). Geldsurrogate (Geldersatzmittel) wie Wertpapiere, Wechsel, Schecks u.dgl.m. würden einer Notenbank die Währungssteuerung beträchtlich erschweren. (S. 199 ff.; hierzu gäbe es allerdings manches Berichtigende zu sagen!)

Feders finanzpolitischen Änderungsvorschläge sind jedoch aus den folgenden Gründen bedenklich:

a) Die Erträge aus den "neuen Werten", die den staatlichen Wertzeichen als Deckung dienen sollen, träten erst nach langer Verzögerung auf. Ähnlich langsam flössen die Rückzahlungen - zur Vernichtung der ausgegebenen Kassengutscheine - in den Staatsbesitz zurück. In der Zwischenzeit hätten diese sehr wohl inflationäre Auswirkungen, denn die genannten Aufgaben kämen nie zum Stillstand und würden riesige Summen erfordern.

b) Wäre es tatsächlich so, daß im Gleichschritt mit der Ausgabe von Staatskassengutscheinen - also inflationsfrei - "neue Werte" entstünden, so brauchte dieses zusätzliche Geld von der Staatsbank auch gar nicht mehr zurückgeholt zu werden!

c) Viele staatsgeschaffenen Einrichtungen - Straßen, Schulgebäude usw. - werden gar nicht vermarktet und bringen deshalb keine rückzahlbaren Einnahmen, die dann aus dem Geldkreislauf wieder herausgenommen werden könnten.

d) Die allgemeine Geldentwertung mag sich bei der Finanzierung beschränkter "öffentlicher Aufgaben" durch zusätzliche "Staatskassengutscheine" noch in Grenzen halten.

Was aber, wenn auch die Privatwirtschaft auf zinslosen Kassengutscheinen bestünde? Die Nachfrage danach wäre unendlich groß - und ebenso hoch die Inflationsrate. Um das zu vermeiden, müßte man - d.h. die Behörden, die jeweilige Regierung, die herrschende Partei - die Kredite zuteilen. Das würde nicht nur zu einem Mißbrauch des knappen Geldkapitals und zu zahlreichen Fehlverwendungen führen, sondern schließlich auch zur Beseitigung der wirtschaftlichen und damit aller sonstigen Freiheiten.

10. Schachts Mefo-Wechsel

Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht gelang es bekanntlich, von 1933 ab durch die Ausgabe von Mefo-Wechseln u.a.m. die furchtbare Arbeitslosigkeit in Deutschland, die vor allem durch eine deflationäre Austrocknung des Geldkreislaufs entstanden war, allmählich zu überwinden. Inwiefern hier Federsche Gedanken mit einfließen, wäre noch zu untersuchen.

V. Feders schwindender Einfluß

In "Meyers Enzyklopädischem Lexikon" findet sich unter dem Stichwort "Feder, Gottfried" u.a. die folgende Auskunft: "Mit dem antikapitalistischen Flügel (G.Strasser) verlor Feder (Mitglied des Reichstags 1924-36) anfangs der 30er Jahre an Einfluß, als Hitler die Unterstützung der Unternehmerschaft zu gewinnen suchte."

Hier wird erstens auf die Niederschlagung des Röhmputsches von 1934 angespielt und daß damals mit der SA auch viele sozialreformerische Kräfte ausgeschaltet worden waren.

Doch dürften die tiefere Ursache für das Abrücken der Parteiführung von Feder die inneren Mängel seiner Thesen zur "Brechung der Zinsknechtschaft" und also ihre Undurchführbarkeit gewesen sein.